

**Antrag:** A-17  
**Antragsteller:** Jusos Unterbezirk Frankfurt  
**Betreff:** Keine leeren Versprechen mehr! – 50 Jahre sind genug!

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Die finanziellen Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit müssen als bindende Zahlung in  
3 Höhe von mindestens 0,7% des BNE im Bundeshaushalt bis 2020 gesetzlich verankert werden. Die 0,7 %  
4 sollen von den Kosten für die Flüchtlingsversorgung unabhängig sein.

5 Begründung:

6 Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist eines der wichtigsten Instrumente zur Verbesserung  
7 der Lebenssituation von Menschen in Entwicklungsländern. Daher haben die OECD-Staaten 1970  
8 beschlossen, mindestens 0,7 % ihres BNE für Entwicklungsgelder zur Verfügung zu stellen. Doch ist es  
9 auch nach knapp 50 Jahren ein leeres Versprechen, welches die BRD in keinem Jahr seit diesem  
10 Beschluss, erfüllen wollte. Auch im derzeitigen Koalitionsvertrag heißt es nur, dass “entstehende  
11 Haushaltsspielräume prioritär” (Quelle: Koalitionsvertrag, S. 145) für dieses fundamentale Ziel verwendet  
12 werden sollen. Ein solch unverbindliches Versprechen wollen wir nicht mehr akzeptieren, es besteht  
13 Handlungsbedarf.

14 In Anlehnung an das SPD-Regierungsprogramm von 2017 wollen wir, dass mindestens 0,7 % als  
15 verpflichtende Zahlung im Bundeshaushalt verankert und die Kosten für die Flüchtlingsversorgung nicht  
16 mit der öffentliche Entwicklungszusammenarbeit vermengt werden. Dies soll als gesetzliche  
17 Verpflichtung vom Bundestag beschlossen werden. Die zur Realisierung dieser Forderung benötigte  
18 Mittel können durch eine Erhöhung der steuerlichen Belastung, vorzugsweise der Rüstungsindustrie,  
19 abgedeckt werden. Hierbei ist hervorzuheben, dass die Rüstungsindustrie 2017 in der BRD einen Umsatz  
20 von ca. 77 Milliarden Euro erzielt hat (ZEIT ONLINE, dpa, AFP, 11.12.2017).

21 Die finanziellen Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit sind nicht als freiwillige  
22 Spenden oder Almosen zu verstehen. Entwicklungsgelder sind ein entscheidender Beitrag und eine  
23 moralische Verpflichtung jedes Industrielandes, um weltweit menschenwürdige Verhältnisse zu  
24 schaffen. Denn die Würde des Menschen ist unantastbar!

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Annahme